

Antrag 25652599

Burg und südliches Jerichower Land Partnerschaft für Demokratie

Projektinformationen: Herausforderungen/Problemlage

„Burg ist die Kreisstadt des Landkreises Jerichower Land und zeichnet sich durch eine weitläufige, ländliche Prägung aus, abgesehen von der Anbindung an die Landeshauptstadt. Die Gemeinden im Fördergebiet, darunter Burg, Gommern, Möckern, Möser und Biederitz, sind über den Landkreis hinaus verteilt. Die Bewohner*innen dieser Region haben oft eine tiefe Verbundenheit mit ihrer Heimat, was ein stabiles soziales Gefüge fördert.

In den letzten Jahren haben verschiedene Migrationsbewegungen dazu geführt, dass im Fördergebiet zahlreiche zugewanderte Menschen leben. Aktuell zählen etwa 2.500 Menschen mit Migrationshintergrund im Jerichower Land, darunter zahlreiche Personen aus Syrien, Afghanistan, Eritrea sowie verschiedenen osteuropäischen Ländern wie Polen und Rumänien. Eine zentrale Herausforderung besteht darin, diesen Menschen den Zugang zum gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Aufgrund der ländlichen Struktur der Region treten immer wieder ähnliche Probleme auf, wie Sprachbarrieren und Schwierigkeiten bei der Integration in Bildungseinrichtungen.

Viele Zugewanderte erleben, dass sie im gesellschaftlichen und kulturellen Leben weitgehend isoliert bleiben. Dies erschwert es ihnen, Anschluss an das öffentliche Leben im Landkreis zu finden, während auch Einheimische Schwierigkeiten haben, die Lebenswelt der Zugewanderten zu verstehen. Diese Situation führt zu Vorbehalten auf beiden Seiten, Skepsis und sogar offenen Vorurteilen in Teilen der Mehrheitsgesellschaft, besonders hinsichtlich der demografischen und strukturellen Entwicklungen in der Innenstadt und dem sozialen Miteinander.

Seit 2015 haben sich diese komplexen gesellschaftlichen Konflikte durch politische Prozesse, gesellschaftliche Transformationen, die Bewältigung der Pandemie und den Ukrainekrieg weiter verschärft. Diese Spannungen äußern sich zunehmend in Protestformen, die anfällig für rechte und demokratieablehnende Mobilisierungsstrategien sind.

In Burg ist ein Anstieg demokratieablehnender Tendenzen deutlich erkennbar. Dies zeigt sich u.a. im Erstarken von__extremistischen Tendenzen im Stadtbild (z.B. durch verfassungs- und ausländerfeindliche Tags, staatsdelegitimierende Graffiti, Aufkleber und Plakate).

Die Kommunalwahl 2024 hat Spannungen und eine gewisse, deutlich zu vernehmende, Unzufriedenheit in der Bevölkerung verdeutlicht. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,6 %, was auf ein starkes Interesse der Bevölkerung hinweist.

Die Wahlergebnisse verdeutlichen, vor welchen Herausforderungen unsere Gesellschaft steht, insbesondere im Hinblick auf den Erhalt demokratischer Werte, die Förderung sozialer Gerechtigkeit und den Umgang mit politischen und gesellschaftlichen Spannungen.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist es entscheidend, Programme und Initiativen zu unterstützen, die den interkulturellen Dialog fördern, sich für ein demokratisches Miteinander einsetzen und die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben stärken. Projekte wie spezielle Jobbörsen für Geflüchtete und Migranten, die Arbeitgeber und Arbeitssuchende direkt zusammenbringen, zeigen, wie Integration durch berufliche Perspektiven gefördert werden kann.

Zusätzlich sind Bildungsangebote von großer Bedeutung, die sowohl für Zugewanderte als auch für Einheimische die Möglichkeit bieten, sich gegenseitig kennenzulernen. Sprachkurse, interkulturelle Workshops und gemeinsame Freizeitaktivitäten können dazu beitragen, Barrieren abzubauen und Vorurteile abzubauen.

Im Weiteren sollen Jugendliche durch die Einbindung in zielorientierte Projekte, die insbesondere das Näherkommen gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen und die Begründung eines Verständnisses für demokratische Prozesse in der freiheitlich demokratischen Grundordnung beinhalten, aus extremistischen Randbereichen eigener fehlgeleiteter Überzeugungen zurückgeholt werden. Dies gilt sowohl für Jugendliche, die sich mit ihren Überzeugungen im Bereich linksextremistischer Latenz bewegen und staatliches Handeln regelmäßig durch Aktionen stören, als auch für rechtsextremistisch eigenstellte Jugendliche, welche im Wesentlichen in eigenen geschlossenen Gruppen wirken und dort die verfassungsmäßige Ordnung in Frage stellen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Initiativen, die das Ehrenamt fördern und Freiwillige einbinden, schaffen Gelegenheiten für den Austausch und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Auch die Unterstützung lokaler Kultureinrichtungen, die Programme für alle Bürger*innen anbieten, ist entscheidend.“